

Es gilt das gesprochene Wort!

MdL Klaus Bartl

Redebeitrag für die 29. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages am 29.02.2016

**- Sondersitzung - zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten
Thema: "Starker Staat und aktive Bürger: Gemeinsam unsere Werte verteidigen und Radikalisierung bekämpfen" sowie zum**

Antrag der Fraktion DIE LINKE und GRÜNE:

"Nach Clausnitz und Bautzen: Bedauern reicht nicht, die Staatsregierung muss endlich aufwachen, Haltung zeigen, Zivilgesellschaft unterstützen, demokratischen Rechtsstaat stärken." (Drs. 6/4364)

Sehr geehrter Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

keiner kann's ernsthaft bestreiten: Sachsen ist bundesweit und selbst international ins Gerede gekommen. Vorbei ist es mit dem Ruf als ostdeutsches Musterländle. Jetzt sind stehen wir am Pranger und das zu recht. Und egal, wie Sie es drehen und wenden, Herr Ministerpräsident: Wenn in diesem Land, zuletzt in Clausnitz und Bautzen, vermeintlich treubrave Bürger in nicht geringer Zahl den Geflüchteten in offenem Hass und geifernder Feindschaft begegnen, sich deswegen geradezu greifbar verängstigte Kinder, Jugendliche, Frauen und Familien aus den geschundenen Regionen dieser Welt Gewalt, Bedrohung und

Beschimpfung übelster rassistischer Prägung gegenübersehen und das dann noch aus den Reihen der so apostrophierten "Wutbürger" genüsslich gefilmt und verbreitet wird, ist etwas gravierend faul im Freistaate.

Wenn grundlegende Werte menschlichen Anstands und einander geschuldeten Respekts mit derartiger Trefferdichte im alltäglichen Leben nicht mehr gelten und essentielle Staatsfundamentalgrundsätze wie etwa das Rechtsstaats- und das Demokratieprinzip defacto suspendiert sind, staatliche Institutionen faktisch nur noch mit Aufräumarbeiten hinterherhecheln, ist ein Fall klassischen Politikversagens eingetreten.

Und wahrlich: Was da an Beschämendem im Lande Freistaat Sachsen umgeht, ist letztlich Wirkung und Konsequenz einer über ein viertel Jahrhundert betriebenen verfehlten Politik.

Es ist eben nicht gelungen, jene Wertorientierungen, über die wir beginnend vor 25 Jahren in diesem Hause mit so großer Vehemenz debattierten, die wir bei allem Streit seinerzeit gemeinsam verabredet haben, in den Köpfen und Herzen möglichst aller hier lebenden Menschen zu verankern.

Von Jahr zu Jahr fühlten sich die Sächsinen und Sachsen von der Politik und deren sich etablierenden Mehrheiten immer mehr betrogen und verscheißert.

Was ist denn auch geworden aus der großspurig versprochenen Teilhabe des so genannten Souveräns an der Gesetzgebung und politischen Willensbildung in diesem Lande. Als die Zahl der

Bürgerbegehren, der Volksanträge und Volksbegehren immer mehr zurückging, bestand nicht einmal mehr die Bereitschaft, durch die rückläufige Bevölkerungszahl eklatant widersinnig gewordene Abstimmungsquoten maßvoll zu reduzieren.

Über jedes noch so großes Politikversagen, das in Sachsen ruchbar wurde, wurde mit brachialer Gewalt speziell der seit 25 Jahren tatsächlich oder faktische allein regierenden CDU der Mantel des Schweigens und des Schönredens gelegt. Stichwort: Umgang mit den Erkenntnissen des 2000 bis 2004 agierenden Untersuchungsausschusses zur Paunsdorf-Affäre, der ohne jegliche Konsequenzen ans Licht brachte, dass in offensichtlich direkter Verantwortung des damaligen Ministerpräsidenten König Kurt Biedenkopf Millionen an "Volksvermögen" aus reinem Freundschaftsdienst in die Kassen eines mit "dem lieben Hans-Kurt" befreundeten Investors flossen.

Stichwort: Crash der Sachsen-LB, den offenkundig maßgeblich ein falsches, weil hochspekulatives Regierungshandeln verursachte und für den die sächsischen Steuerzahler wohl an die 3 Milliarden Euro blechen werden.

Da war der Umgang der CDU-Staatsregierung mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Existenz krimineller und korruptiver Netzwerke in Sachsen, zum so genannten Sachsensumpf, unter dessen Wirkung u. a. die Aufklärung schwerster Formen des Menschenhandel und des sexuellen Missbrauchs auf der Strecke blieben.

Dann die immense Baustelle der neonazistischen Terrornetzwerke in Sachsen, die ein beredter Ausdruck des nivellierenden Umgangs der sächsischen Regierungspolitik mit dem Phänomen des Neonazismus und der extremen Rechten in diesem Land darstellt.

Nie brachten Sie es, meine Damen und Herren von der CDU fertig, auch mal zu sagen: Jawohl, das war nicht in Ordnung, das ist falsch gelaufen, dafür ziehen wir ohne Ansehen der Person die zur Verantwortung, die das verursacht haben.

(Kritik an bestimmten Verhältnissen in Sachsen, an Entscheidungen der allein oder wenigstens CDU-geführten Regierung, gar an Ihnen, Herr Tillich vorangegangenen Ministerpräsidenten, galt als Majestätsbeleidigung. Sachsen über alles! Aus der sächsischen Machtzentrale heraus wurde vorgelebt, wie Schritt für Schritt aus sächsischem Patriotismus ein sächsischer Chauvinismus wurde.)

In der Konsequenz ist das Ansehen der Politik, der Politiker in der Bevölkerung immer mehr auf den Hund gekommen. Den so aufgestauten Frust, gepaart mit einem offenkundig noch vorhandenen Rest archaischen, völkischen und selbstmitleidigen Denkens und einem vom Patriotismus zum sächsischen Chauvinismus gewechselten Pathos bekommen die in Sachsen Schutz und Unterkunft suchenden Geflüchteten jetzt allzuoft zu spüren.

Wenn wir das wieder in den Griff bekommen, Sachsens beschädigten Ruf wiederherstellen wollen, bedarf es nach unserer Überzeugung der Schritte, die im vorliegenden Antrag der Fraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN angeführt sind.

Nämlich **erstens** eines unverzüglich dem Landtag vorzulegenden Gesamtkonzept für den Freistaat Sachsen, wie wir zeitnah die komplexen Problemlagen bei der menschenwürdigen Aufnahme, Unterbringung und Integration endlich lösen sowie die künftige Teilhabe der in Sachsen ankommenden geflüchteten Menschen gewährleisten.

Es ist **unsere gemeinsame Verantwortung**, schnellstens und nachhaltig darzustellen und zu sichern, dass schlicht und einfach jedweder Angriff und Übergriff auf, jedwede Überheblichkeit und Geringschätzung gegenüber mit uns gemeinsam in Sachsen lebenden Geflüchteten, Migrantinnen und Migranten ein **"No go"** ist.

Das ist keine Heraushebung, denn jeder von uns, jede Sächsin, jeder Sachse beansprucht selbstverständlich und zu Recht, vor Gewalttätigkeiten, vor Bedrohungen, Beschimpfungen, Beleidigungen und behördlichen Ruppigkeiten geschützt zu werden.

Da ist **zweitens** die endlich wieder verlässliche Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des demokratischen, den Grundrechten und Menschenrechten verpflichteten Rechtsstaats in Sachsen, der nicht und nirgendwo zurückweichen darf, wenn im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation rechtswidrig gehandelt wird.

Das derbe Herangehen der Polizei in Clausnitz an die als unerlässlich bewertete Verbringung der offensichtlich verängstigten Flüchtlinge in ihre künftige Asyl-Wohnunterkunft steht in einem seltsamen Kontrast zu der Toleranz, die in Clausnitz, Bautzen und anderswo "Wutbürgern" entgegengebracht wird.

Diese unangebrachte Toleranz begann damit, dass man Lutz Bachmann, einem der Vortänzer dieser so genannten "Wutbürger", über Monate in Kenntnis seines stattlichen Vorstrafenregisters gestattete, Anmelder bzw. Leiter der PEGIDA-Aufmärsche in Dresden zu sein, ihm die vom Versammlungsrecht für den Leiter der Versammlung **vorausgesetzte Verlässlichkeit und Integrität** quasi bedenkenlos zusprach. Erst nach dem zigsten gegen ihn eingeleiteten strafrechtlichen Ermittlungsverfahren zog Bachmann selbst die Reißleine.

In Serie werden im Rahmen von angemeldeten oder nicht angemeldeten Aktionen der - ich bleib jetzt mal bei dem verallgemeinernden Begriff - "Wutbürger" Beleidigungen, Verleumdungen, hetzerische Bedrohungen von Politikern, kommunalen Verantwortungsträgern vom Stapel gelassen, ohne, dass seitens des Staates etwas passiert. Von den Vor- und Nachbemerkungen im Netz ganz zu schweigen.

Von Amts wegen geschieht nichts. So als gäbe es nicht den Paragraphen 188 des Strafgesetzbuches, der Üble Nachrede und Verleumdung gegenüber Personen des politischen Lebens unter Strafe stellt und nicht den Paragraphen 90b des Strafgesetzbuches, der Verunglimpfung von Verfassungsorganen mit Freiheitsstrafe von 3 Monaten bis zu 4 Jahren bedroht.

Inzwischen vielerorts können selbsternannte "Bürgerwehren" über Monate **von Gesetzes wegen eigens hierzu vom Staat bestellten Beamten vorbehaltene** Eingriffe in Grundrechte anderer Bürger vornehmen, von der Kennzeichenerfassung und -kontrolle, bis zum Stalken gegenüber Flüchtlingshelferinnen und -helfern, sich faktisch als Ortspolizeibehörde gerieren, ohne, dass was passiert. Da und dort wird

beim Agieren der Bürgerwehren das Gewaltmonopol des Staates mehr als gestreift.

Wenn aber eindeutig strafbares oder sonstiges rechtswidriges Handeln von Staats wegen reaktionslos oder hilflos hingenommen, bestenfalls selektiv im Nachhinein verfolgt wird, verfällt die Autorität des Rechtsstaates rasant. Das Legalitätsprinzip, das Verfolgungszwang bedeutet, und zwar gegen **jeden** Verdächtigen, wenn die Voraussetzungen dafür bestehen und Anklagezwang, scheint aufgegeben.

Seine Ursache hat dies in einer Mischung aus Orientierungslosigkeit, Verunsicherung sowie erschöpftem personellen und logistischen Leistungsvermögen bei den zuständigen Behörden.

Nicht nur dies sächsische Polizei sondern auch die sächsische Justiz arbeitet "am Limit". Eine Einschätzung, die mutig unser Justizminister Sebastian Gemkow vor wenigen Tagen öffentlich aussprach. Daraus aber die Schlussfolgerung abzuleiten à la MP, man braucht heute nur nach dem starken Staat zu rufen, dann ist die Wende vollbracht, zielt um Längen zu kurz. Der starke Staat, den wieder herzustellen, wenn man schon meint, ihn zu brauchen, hätte Finanzierungsfolgen für den sächsischen Haushalt zur Konsequenz, die Herrn Staatsminister Unland in die Albträume treiben dürften.

Uns reicht es schon, wenn im künftigen Haushalt ungeschönt **die** Personalbedarfszahlen zu Grunde gelegt werden, die die zuverlässige Funktionsfähigkeit der für die Rechtsstaatsbelange im sozialen

Rechtsstaat Sachsen von Berufs wegen zuständigen Behörden gewährleisten.

Und dann noch ein blick in die eigene Geschichte, der eigentlich Lehre genug sein sollte: Einen vermeintlich starken Staat hatte die DDR auch! Er brach zusammen wie ein Kartenhaus, weil er zivilgesellschaftlich nicht mehr untersetzt war.

Wenn's was werden soll, muss begonnen in diesem Hohen Haus und bei der Staatsregierung, alles dafür getan werden, die zweifellos übergroße Mehrheit in der Bevölkerung, die das jetzige Treiben der teils kriminellen, teils durchgeknallten, teils aus Frustration verirrten "Wutbürger" als beschämend empfindet und innerlich ablehnt, zu aktivieren.

Den Ansatz hat der Ministerpräsident mit dem Thema der Regierungserklärung schon richtig gewählt.

Die da verbal oder körperlich auf Flüchtlinge und die hiesigen Menschen, die ihnen helfen wollen, eindreschen, die sich daran weiden, die Angst in den Augen der Kinder, der Frauen, der Familien der Flüchtlinge zu sehen und dem Trauma, unter dem sie ohnehin unter den Wirkungen der Flucht und ihrer Gründe leiden, noch eins draufsetzen, die skrupellos johlen, wenn von öffentlicher oder privater Hand geschaffene Flüchtlingsunterkünfte lichterloh brennen, **können nicht "das Volk"** sein.

Was wir brauchen ist ein Weckruf auch an die Verantwortung einer jeden Bürgerin und eines jeden Bürgers, das abzuwehren. Dafür müssen die Mitglieder dieses Hohen Hauses arbeiten.

Und da beschämt und bestürzt es mich schon, Herr Wippel von der AfD, wenn Sie sich in der Sitzung des Innenausschusses am Freitag zu Clausnitz hinstellen und sagen, das Abstellen des Traktors mit voller Winterdienstausrüstung einschließlich Rundumleuchten und der beiden anderen Fahrzeuge, um dem Bus mit den Flüchtlingen keinerlei Bewegungsfreiheit mehr zu geben, sei doch rechtens und quasi legitim gewesen.

Nach dem Volkshandbuch des Landtages waren Sie Soldat auf Zeit und sind Sie Polizeivollzugsbeamter. In welchem Land sind Sie denn im Verfassungs-, Straf- und Polizeirecht ausgebildet worden?

Und wenn ich weiter höre, dass Sie, Frau Dr. Petry vor einigen Wochen, damals eingeladen von der dortigen FDP-Ortsgruppe, in Clausnitz waren, kann ich mir leicht zusammenreimen, wie es dazu kam, dass sich am vorigen Donnerstag gemeinhin eher als gemütlich geltende Erzgebirger in an die hundert aufwachsender Zahl fanden, um den starken deutschen Max zu geben. Der liebe Gott geb's, dass Sie Frau Petry, und Ihre Truppe niemals an die Macht gelangen! Um auch das zu verhindern, um zu erreichen, dass es jetzt in Sachsen zu einem raschen und möglichst wirksamen **Aufstand der Anständigen** kommt, sind wir gern bereit mit Ihnen, sehr geehrten Damen und Herren Kollegen der Koalitionsfraktion sowie mit allen demokratischen Kräften in diesem Landtag zusammenzuarbeiten und bestehende, aus gravierend unterschiedlichen politischen Ansätzen resultierende Differenzen zurückzustellen.

Beginnen wir damit, dass dem verbalen und kulinarischen Dank, den Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident mit dem Empfang der Staatsregierung vom vergangenen Freitag gegenüber den

Flüchtlingshelferinnen und Flüchtlingshelfern ausgebracht haben, ein künftig respektvoller und motivierender Umgang im Alltagsleben folgt.

Wenn wir die **zivilgesellschaftlichen** Kräfte zu aktivem Eintreten, zur aktiven Verteidigung unserer Verfassung und der dort niedergelegten Werte bringen wollen, muss dies in der unübersehbaren Förderung der Strukturen der Vereine und sonstigen Strukturen, **die jetzt schon hoch engagiert für die Unterstützung der Flüchtlinge eintreten, beginnen.**

Es ist mir zu rhetorisch einzufordern, dass die Zustimmung zu unserem Antrag die erste Nagelprobe dafür ist, wie ernst Sie es meinen. Die in wenigen Wochen beginnende Debatte zum Haushalt des Freistaates Sachsen für die Jahre 2017-2018 wird es aber sehr wohl sein. Welche Mittel wir dort in menschenwürdige Unterbringung, erfolgversprechende Integration der Geflüchteten ins gesellschaftliche Leben einstellen, wie wir zum anderen die einschlägigen Funktionsbereiche des Staates und des Apparates finanziell, personell und sachlich ausstatten, vom Bildungs- und Sozialbereich bis hin nicht zuletzt zur Polizei und Justiz, das wird die Nagelprobe sein.

Wir hoffen, dass Sie heute nicht nur den Mund gespitzt haben, sondern endlich auch mal pfeifen.